

VORAUSSETZUNGEN DER PREISÜBERWACHUNG

Trotz der zeitweiligen Ausschläge des Preispendels nach unten besteht doch kein Zweifel daran, daß die Preise weiter steigen. In sicherer Voraussicht dieser Entwicklung hat der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes schon sehr nachdrücklich eine zentrale Preisüberwachung gefordert. Es wäre nun hier die Frage zu stellen: Kann eine solche Preisüberwachung überhaupt Erfolg haben? Sowohl in der Bevölkerung allgemein wie auch in den Kreisen der Arbeitnehmerschaft steht man dem Gedanken einer Preisüberwachung vielfach mit Skepsis, nicht selten sogar mit unverhohlener Abneigung gegenüber. Woher kommt das?

Eine von der Unternehmenseite verständlicherweise stark geförderte Propaganda hat seit 1945 jede Art von Preisüberwachung immer wieder als ein Rudiment der Diktatur, ein Überbleibsel der Nazi-herrschaft gekennzeichnet. Seit 1948 wurde lange Zeit im Zeichen der „freien Marktwirtschaft“ diese Propaganda von dem Bundeswirtschaftsminister Prof. *Erhard*, also von der Regierungsseite unterstützt. Es entstand eine Meinung, in welcher Preisüberwachung mit Terror gleichgesetzt wurde und die Beamten der Preisüberwachung gewissermaßen als Spitzel galten. Typisch für dieses Urteil war auf einer Tagung über Vollbeschäftigung und Preisentwicklung im Januar 1949 der Ausspruch: „Preisüberwachung ist nur mit dem SA-Stiefel möglich!“

Begründet wurde dieses summarische Urteil mit der Darlegung, im Dritten Reich hätte die Preisüberwachung nur deshalb Erfolg gehabt, weil die Diktatur dahinter stand. Die Erfahrungen sprächen dagegen, daß heute in der Demokratie Preisüberwachung noch möglich sei. Beide Teile dieser Behauptung sind irrig. Weder ist eine Diktatur erforderlich, um der Preisüberwachung zur Wirksamkeit zu verhelfen, noch sagen die bisherigen Erfahrungen seit 1945 irgend etwas in dieser Richtung aus. Daß Preisüberwachung auch in einer Demokratie funktionieren kann, beweist der ausgezeichnete Erfolg einer lückenlosen Preiskontrolle im Mutterland der Demokratie, nämlich in England. Es ist viel zu wenig bekannt, daß sie auch dort noch heute besteht. Man fragt sich auch vergeblich, weshalb die Beachtung der Preisvorschriften nur ein Vorzug der Diktatur sein sollte. Auch die Demokratie kann und will nicht darauf verzichten, das Stehlen zu verbieten und mit Strafe zu bedrohen. Soll es der Demokratie versagt sein, verantwortungslose Profitjäger, die unter Ausnützung jeder mit dem Warenmangel gegebenen Chance dem Konsumenten wahrhaft das Fell über die Ohren ziehen, ebenso scharf anzupacken, wie dies in der Diktatur geschieht? Wenn man die Bestrafung von Preissündern als undemokratisch kritisieren will, kann man mit dem gleichen Recht für jedes Eigentumsvergehen behaupten, seine Verfolgung sei undemokratisch. Deswegen, weil eine Maßnahme im Dritten Reich angewandt wurde und Erfolg hatte, kann durchaus noch nicht der Schluß gezogen werden, sie sei in der Demokratie unmöglich.

Es gibt eine einfache Formel für den Wirkungsgrad und den Erfolg einer Preisüberwachung:

Das Risiko der Ordnungsstrafe für Verstöße muß höher sein als der aus dem Preisverstoß erwartete Gewinn! Die Wirksamkeit der Preisüberwachung beruht auf einer sehr nüchternen geschäftlichen Überlegung des Unternehmers: Sobald das Risiko der Strafe höher ist als der erwartete Gewinn aus der verbotenen Preiserhöhung, wird die Überschreitung des zulässigen Preises uninteressant.

Das deutsche wie das englische Beispiel beweisen das. Sogar in den USA, in denen die Preiskontrolle nur recht unvollkommen gehandhabt wurde, blieb während der Kriegskonjunktur die Preissteigerung begrenzt. Um einen Erfolg im Ausmaß des englischen wie des deutschen zu erreichen, bedarf es nicht einmal eines sehr großen Einsatzes von Prüfern. Für das gesamte deutsche Reichsgebiet sind niemals mehr als einige tausend Polizeibeamte und Preisprüfer mit der Überwachung des gesamten Preisniveaus betraut gewesen. Vergleicht man damit den Erfolg einer Sicherung des Geldwertes gegen inflatorische Preissteigerungen, so ist dieser Aufwand für den Überwachungsapparat geradezu verschwindend gering. Außerdem ist hier noch zu bemerken, daß der Apparat der Preisüberwachung sich aus den Ordnungsstrafen selbst getragen hat, den Staat also nichts kostete. Für die Funktionsfähigkeit der Preisüberwachung kommt es tatsächlich praktisch nur auf den Willen an, Strafandrohungen für Verstöße auch wirklich zur Anwendung zu bringen. Es ist dabei völlig unerheblich, ob eine demokratische Staatsform oder eine Diktatur vorliegt. Die Preisvorschriften vor und nach 1945 waren absolut die gleichen. Ein Unterschied bestand lediglich in ihrer Anwendung. Die Preisüberwachung hat so lange funktioniert, als sie tatsächlich angewandt wurde. Wenn aber Landräte als Chefs der Preisbehörde dazu übergehen, Anzeigen einfach in den Papierkorb zu werfen oder hohe Ministerialstellen in ganz klaren Straffällen auf Beschwerde hin die Ordnungsstrafe wieder aufheben, dann kann man sich naturgemäß nur wundern, wenn die Dinge so laufen, wie sie tatsächlich gelaufen sind.

Es kann auch nicht behauptet werden, daß das Ordnungsstrafverfahren im Dritten Reich Kennzeichen des Terrors getragen hätte und daß sein Erfolg nur mit Hilfe des SA-Stiefels gesichert werden konnte. Die Preissünder wurden nicht mit diesem SA-Stiefel getreten, sondern höchstens wurde gelegentlich bewußter SA-Stiefel gegen die Preisbehörden in Bewegung gesetzt. Manchmal versuchte nämlich ein Parteimitglied, dem eine hohe Ordnungsstrafe auferlegt war, irgendwelche Parteistellen dagegen mobil zu machen. Strafen für Preisvergehen wurden sehr selten in einem Gerichtsstrafverfahren verhängt. Wie schon der Name sagt, wurden in der Regel lediglich Ordnungsstrafen angewandt, das heißt eine Sühne, die nicht irgendwie als ehrenrührig angesehen werden sollte. Nur in schweren Fällen erfolgte eine Veröffentlichung des Namens. Politische Nachteile hatte der Betroffene gleichfalls nicht. Was abschreckte und abschrecken sollte, war lediglich der Geldverlust, der mit der Ordnungsstrafe verbunden war. Das Risiko dieses Geldverlustes hat völlig ausgereicht, um die Preisdisziplin im notwendigen Umfang vor und während des Krieges aufrechtzuerhalten. Daß Geldstrafen ohne jegliche sonstige Benachteiligung des Betroffenen eine undemokratische Sühne für Verstöße sind, kann aber wohl füglich nicht behauptet werden. Betrachtet man also den Einwand, Preisüberwachung sei in einer Demokratie unmöglich, dann erweist sich bei näherem Zusehen diese Behauptung als unhaltbar. Es fehlt ihr jede Substanz.

Eine Preisüberwachung, wie die Gewerkschaften sie fordern, kann und wird Erfolg haben, wenn vier Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Wenn bei den Behörden der Wille besteht, Preisverstöße auch wirklich zu ahnden.
2. Wenn eine genügende Anzahl sachverständiger Prüfer vorhanden ist.
3. Wenn die Beschränkung der Preisüberwachung auf den Kreis der volkswirtschaftlich wichtigen Waren und Warengruppen erfolgt, insbesondere also die Artikel des Massenkonsums.

4. Wenn eine Strafhöhe angewandt wird, die den aus dem Preisverstoß erzielten Gewinn um ein Mehrfaches übersteigt.

Was die erstgenannte Voraussetzung anbetrifft, so genügt es nicht, wenn dieser Wille im Bundesministerium für Wirtschaft und bei den Spitzen der Landesbehörden besteht. Es muß vielmehr dafür gesorgt werden, daß der einzelne Preisprüfer und Polizeibeamte, der mit der Preisüberwachung betraut ist, wieder das Gefühl erhält, eine volkswirtschaftlich und sozial wichtige Funktion zu erfüllen. Jahrelang sind in Wort und Schrift diese Männer als eine Neuauflage der vielbelachten „Kaffeeriecher“ der Zeit Friedrichs des Großen verhöhnt worden, und man hat sie selbst wie den ganzen Apparat der Preisüberwachung nicht nur als völlig überflüssig, sondern sogar als eine bürokratische Behinderung des Aufbaus der Wirtschaft hingestellt. Es war kein Wunder, daß als Ergebnis einer solchen Propaganda in manchen Fällen Beamte der Preisüberwachung Aufträge entweder offen abgelehnt oder jedenfalls nicht ausgeführt haben mit der Begründung: „Wir sind doch keine Spitzel.“ Wenn die ausführenden Organe einer Behörde das Gefühl haben, in der Öffentlichkeit als bessere Tagediebe angesehen zu werden, kann man nicht erwarten, daß sie ihre Aufgabe ordnungsgemäß durchführen werden. Neue tüchtige Kräfte für eine solche Aufgabe zu gewinnen, ist in der Regel ausgeschlossen. Der größte Teil der tüchtigen Preisprüfer und der Wirtschaftssachverständigen hat in den letzten Jahren ohnehin achselzuckend oder erbittert sich längst eine andere Position gesucht. Worauf es also für den Erfolg einer Arbeit dieses Überwachungsapparates entscheidend ankommt, ist daher, daß nicht nur die Diffamierung aufhört, sondern auch die Tätigkeit dieser Überwachungsbeamten in der Öffentlichkeit in das richtige Licht gerückt wird. Dies bedeutet aber vor allem die Verbreitung der Erkenntnis, daß ein Einschreiten der Behörden gegen die Ausbeutung des Konsumenten durch überhöhte Preisforderungen absolut mit den Grundsätzen der politischen Demokratie vereinbar ist.

Die Begrenzung des Warenkreises, der der Preisüberwachung unterliegt, kann durch eine Regelung erreicht werden, die auf dem Gebiet der Konsumgüter nur die Standardware des Massenbedarfs der Preiskontrolle unterwirft. Der Vorzug des Höchstpreises an Stelle des individuellen Stopp-Preises oder der Kalkulationsvorschriften ist die leichte Überschaubarkeit der festgestellten Preise. Der Prüfer braucht sich nicht auf langwierige Verhandlungen mit den Händlern oder Produzenten einzulassen. Er braucht nicht deren langwierige Erklärungen auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Es genügt die Feststellung der Warenart und der Vergleich des vorgefundenen Preises mit den festgesetzten Listenpreisen. Hiermit aber wird die Prüfungsmöglichkeit gegenüber dem System der Stopppreise und der kalkulierten Preise um ein Vielfaches gesteigert. In wenigen Stunden lassen sich auf diese Weise eine ganze Reihe von Geschäften auf die Einhaltung der Preisvorschriften überprüfen. Dies war bisher nur bei der Nachprüfung der schon vorhandenen Höchstpreise, also in erster Linie bei Nahrungsmitteln im Einzelhandel möglich. Es sei hier bemerkt, daß der Höchstpreis durchaus nicht immer vom Preisamt festgelegt werden muß. Es kann sich ebenso gut um eine private Preisbindung mit Genehmigung des Preisamtes handeln. Worauf es ankommt, ist lediglich die Festlegung des Endverkaufspreises, der dann einwandfrei überprüft werden kann. Praktisch ist damit für den Handelsweg auch eine Höchstspanne festgelegt.

Wir kennen seit langem eine Begrenzung des Endverkaufspreises bei Markenartikeln. Hier setzt auch der Produzent den Verkaufspreis an den letzten Konsumenten fest. Kein Einzelhändler ist berechtigt, diesen Verkaufspreis selbst

ständig zu ändern. Es besteht gar kein Zweifel, daß die Bindung des Endverkaufspreises bei Markenartikeln die Verbraucherschaft in zahlreichen Fällen vor einer Überteuerung geschützt hat. Der Markenartikelpreis hat aber einen wesentlichen Schönheitsfehler. Er ist in seiner jetzigen Form nicht nur ein Höchstpreis, sondern ein Festpreis. Dies bedeutet, daß der Einzelhändler in seiner Preisforderung nicht nur nach oben, sondern auch nach unten begrenzt wird. Er darf also ebensowenig einen geringeren Preis fordern, als der Produzent vorschreibt. Im Sinne einer Konsumentenpolitik sind Festpreise jedoch in der Regel durchaus abzulehnen. Wer sich die möglichst billige Versorgung der breiten Massen zum Ziel setzt, kann kein Interesse daran haben, eine Preissenkung zu verhindern. Außerdem führen derartige Festpreise zu einer Erstarrung der Wirtschaft. Wir jedoch wollen eine lebendige, fortschreitende Wirtschaft, die den Verbraucher ständig besser und billiger versorgt. Die Konkurrenz darf keineswegs ausgeschaltet werden. Es muß vielmehr unser Ziel sein, sie zum Nutzen des Konsumenten zu verstärken. Wenn wir uns als Gewerkschaften gegen die „Freie Marktwirtschaft“ von Prof. Erhard wenden, dann auch gerade deshalb, weil in dieser Marktwirtschaft Produzent und Händler leider durchaus nicht genügend von ihrer Freiheit zur Preissenkung Gebrauch gemacht haben. Wir können daher keinesfalls Maßnahmen befürworten, die durch eine Ausdehnung des Systems der Festpreise die wünschenswerten Wirkungen eines Leistungswettbewerbs noch mehr behindern als bisher.

Aus diesem Grund hat auf gewerkschaftliche Anregung die Hauptwirtschaftskammer von Rheinland-Pfalz einen Vorschlag unterbreitet, der die Vorteile des Systems der Markenartikel übernimmt, seine Mängel jedoch vermeidet (die Hauptwirtschaftskammer ist das verfassungsmäßige Zentralorgan der Wirtschaft von Rheinland-Pfalz; sie entspricht in ihrer paritätischen Besetzung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber ungefähr der Forderung des DGB nach Landeswirtschaftsräten).

Der Vorschlag dieser Hauptwirtschaftskammer geht deshalb dahin, daß der Produzent berechtigt sein soll, den Endverkaufspreis für die von ihm hergestellten Waren nach oben zu begrenzen. Abgesehen von den eigentlichen Markenartikeln hat der Produzent bis heute nämlich hierzu keine rechtliche Handhabe. Andererseits soll aber der Einzelhändler stets die Freiheit behalten, diesen festgesetzten Preis zu unterschreiten, d. h. also weniger zu fordern, als der Produzent angibt. Mit dieser Freiheit des Einzelhändlers zur Preislenkung bleibt also die Möglichkeit des freien Leistungswettbewerbs im vollen Umfang erhalten. Für die Preisüberwachung werden andererseits die schon oben bezeichneten großen Vorteile in der Erleichterung der Prüfung damit erreicht. Es soll — wie gesagt — auf den Erzeuger keinerlei Zwang zur Bindung des Endverkaufspreises ausgeübt werden, lediglich die bis jetzt fehlende gesetzliche Möglichkeit dazu wird ihm in die Hand gegeben. In Betracht kommen für eine solche Preisbindung der zweiten Hand in erster Linie natürlich Massenartikel wie Textilien, Schuhe, Haushaltswaren, Lebensmittel usw. Wie segensreich die Konkurrenz derartiger preisgebundener Standardwaren auf die Preisentwicklung ist, zeigt — um nur ein Beispiel zu nennen — der Salamanderschuh. Es war interessant zu beobachten, daß dort, wo ein Salamandergeschäft eröffnet wurde, oft binnen kurzem die Preise gleichwertiger Schuhe um 5 bis 10 DM je Paar vom Schuh-Einzelhandel herabgesetzt wurden.

Bei der Abteilung „Preis“ im Bundeswirtschaftsministerium hat dieser gewerkschaftliche Vorschlag Zustimmung gefunden. Von seiten des Einzelhandels wurden — wie zu erwarten war — sehr scharfe Proteste gegen ihn er-

hoben. Sie lagen etwa in der Richtung, daß man dem Einzelhandel nicht zumuten könne, ein derartiges Preisdiktat der Produzenten anzunehmen. Für den tüchtigen und seriösen Einzelhändler sind derartige Befürchtungen jedoch völlig gegenstandslos. Kein Produzent wird sich selbst den Ast absägen wollen, auf dem er sitzt, d. h. einen Endverkaufspreis festsetzen, bei dem der Einzelhändler nicht mehr existieren kann. Unterbunden würde deshalb auch nur eine ungerechtfertigte Preisüberhöhung.

Wenn wir, die Preisüberwachung modernisieren und in ihrer Wirksamkeit verstärken wollen, brauchen wir vor allem Einblick in die Kalkulation auf allen Produktionsstufen. Nur so werden wir nämlich überhöhte Gewinne aufdecken und damit die Möglichkeit zu einer Preissenkung gewinnen können. Während bei dem erstgenannten Vorschlag über die Preisbindung der zweiten Hand der Widerstand des Einzelhandels nach wie vor beträchtlich sein dürfte, können sich die Gewerkschaften in dieser Hinsicht einen Vorschlag zu eigen machen, der aus den Kreisen des Einzelhandels selbst, nämlich vom Präsidenten *Schmitz*, kommt. Schmitz hat gefordert, daß ein Sachverständigenausschuß, der paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt sein sollte, auf allen Produktionsstufen der Industrie wie des Handels die tatsächlichen Kosten und Preisverhältnisse untersuchen sollte.

Es ist heute mehr denn je notwendig, die Karten auf den Tisch zu legen, d. h. Einblick zu gewähren in die Kostenberechnung und damit in das Zustandekommen der einzelnen Preise. Wir wissen sehr wohl, daß manche Preiserhöhungen, die vom Weltmarkt ausgehen, einfach von den Betrieben, die ausländische Rohstoffe verarbeiten, nicht aufgefangen werden können. Weil wir aber gewisse Preissteigerungen als unvermeidbar hinnehmen müssen, ist es doppelt notwendig, überall dort Kürzungen vorzunehmen, wo sie volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich gerechtfertigt sind. Der Hinweis des Einzelhandels, daß die Ursache für Preiserhöhungen keineswegs stets in übersteigerten Handelsspannen zu suchen sei, ist völlig richtig. Wir wissen alle, daß zahlreiche Industrieunternehmungen es glänzend verstanden haben, durch eine entsprechende Preisforderung nicht nur den Wiederaufbau ihrer Werke zu finanzieren, sondern sich in wenigen Jahren schuldenfrei Produktionsanlagen hinzustellen, die größer und moderner sind als vor dem Krieg. Die hier vorhandenen Kalkulationsreserven müssen jetzt im Interesse der Stabilität der Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland ausgeschöpft werden.

Sehr wirksam unterstützt werden kann die Preisüberwachung darüber hinaus durch die Mitwirkung der Betriebsräte. Ihnen fällt die Preiskontrolle im eigenen Betrieb zu. Zu den praktischen innerbetrieblichen Aufgaben des Mitbestimmungsrechts gehört in allererster Linie eine Gewinn- und Kalkulationskontrolle. Diese Kalkulationskontrolle, ausgeübt durch sachverständige Angestellte als Mitglieder des Betriebsrats, kann dahin wirken, daß nur noch der notwendige Preis vom Unternehmer gefordert wird. Geschieht dies, dann wird die Preisüberwachung in diesen Fällen einen Anlaß mehr haben, einzugreifen. Es wird damit ersichtlich, daß eine Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts behördliche Maßnahmen in vielen Fällen ersetzen und unnötig machen kann, weil eine freiheitliche Selbstkontrolle der Betriebe die sozialen Interessen des Konsumenten zu wahren weiß.